

Niedere Instinkte statt gemeinsamen Handelns

„Ich hol mir, was mir zusteht“, heißt es im Plan A und auf SPÖ-Wahlplakaten. Nicht anders als bei ÖVP und FPÖ ruft man damit die Neidaffekte der Gesellschaft ab. Dabei wäre jetzt der beste Zeitpunkt, mit der Modernisierung des Sozialstaats zu punkten.

Traude Novy

Mit ihrem Plan A ist auch die SPÖ im Wahlkampf dort gelandet, wo FPÖ und die Kurz-ÖVP schon lange sind. Auch sie stärken jene egoistischen, individualistischen und unpolitischen Kräfte in der Bevölkerung, die nur die eigenen Ansprüche wahrnehmen können. Der Slogan „Ich hole mir, was mir zusteht“ befindet sich auf der gleichen Ebene wie Schüssels seinerzeitiger „Leistung muss sich lohnen“. Dabei steht das individuelle Gefühl, nicht genug bezahlt zu bekommen, nicht genug wertgeschätzt zu sein, im Mittelpunkt. Hier ist kein solidarischer, gesellschaftspolitischer Einsatz für mehr Verteilungsgerechtigkeit herauszuspielen.

Es geht nur darum, die Stimme jener zu gewinnen, die glauben, zu kurz gekommen zu sein, jene, die kein Interesse an politischen Zusammenhängen haben und auch keine Solidarität für andere Bevölkerungsgruppen – schon gar nicht für Zuwanderer – empfinden, denn was steht denen schon zu?

Was steht einer unentgeltlich Pflegearbeit leistenden Ehefrau oder Tochter zu, die wegen dieser Betreuungspflichten keine Möglichkeit zu beruflichen „Selbstverwirklichung“ hat? Was steht all jenen zu, die in Zusammenarbeit mit NGOs unbezahlt die Flüchtlingsbetreuung meistern? Was ist mit all jenen sozialen Unternehmungen wie zum Beispiel vielen kirchlichen Einrichtungen, die nicht gewinnorientiert arbeiten, aber höchst professionell den sozialen Zusammenhalt aufrechterhalten, Steuern zahlen und für

Arbeitsplätze sorgen? Von wem sollen die sich holen, was ihnen ja ganz offensichtlich zusteht?

Der richtige „Kern“ dieses Slogans ist, dass in den vergangenen Jahren die Verteilung des in Österreich gemeinsam erwirtschafteten Reichtums vor allem jenen zugutekommt, die sowieso schon eine privilegierte Ausgangsposition haben. Eine Umverteilung der Abgaben- und Steuerlast – weg von den niedrigen und mittleren Einkommen hin zu Vermögenden – ist unabdingbar. Eine Ökologisierung des Steuersystems durch Besteuerung umweltschädlicher Aktivitäten und Technologien zur Entlastung der Kosten menschlicher Arbeit ist dringend nötig und wird von der OECD schon seit Jahren gefordert.

Man wird bei der Gelegenheit auch über eine Wertschöpfungsabgabe sprechen müssen. Das alles sind Themen, die im Wahlkampf zu thematisieren sind, aber doch nicht unter dem Gesichtspunkt „Ich hole mir, was mir zusteht“, sondern als ein Thema der gesamtgesellschaftlichen Solidarität. „Teilen macht mehr draus“, war einmal ein Slogan der Katholischen Frauenbewegung, und der entspricht dem, was gefordert ist, viel mehr.

Eine Gesellschaft muss demokratisch entscheiden, wie die Verteilung von Arbeit und Einkommen gut geregelt ist und wie soziale Arbeit von allen getan werden kann. Nur am Rande – eine Möglichkeit dazu wäre eine signifikante Arbeitszeitverkürzung für alle. Um dafür Mehrheiten zu bekommen, ist allerdings politische Bildungsarbeit nötig – und wer könnte das besser als politische Partei-



Foto: APA

Das rote Tuch fällt – und damit auch das Prinzip Solidarität? Bundeskanzler Kern präsentiert sein Wahlplakat mit einem Slogan, der auf Egoismus setzt.

en? Es gab in Österreich einmal eine Arbeiterpartei, die das geschafft hat.

Sich von Spindoktoren einreden zu lassen, dass es auf politisches Marketing ankommt und dass die meisten Menschen eben egoistisch sind, hat uns dahin geführt, wo wir heute stehen. Kurz und Strache bräuchten keine Spindoktoren, denn sie beherrschen glaubwürdig und authentisch die Mobilisierung unserer niedrigen Instinkte. Sollte es tatsächlich die Mehrheit in Österreich sein, die auf diese Weise zu mobilisieren ist? Dass Egoismus und Ellbogentechniken zu gesellschaftsfähigen Praktiken gemacht wurden, trägt sichtlich Früchte.

Solidarisches Projekt

Wenn wir die politische Debatte auf dem Niveau „Ich hole mir, was mir zusteht“ führen, zeigt dies ja deutlich, dass sogar jene, die unter der neoliberalen Politik der vergangenen Jahrzehnte leiden, deren Prinzipien internalisiert haben. Es geht aber nicht darum, sich zu holen, was man glaubt, dass es einem zustünde, sondern den Sozialstaat den heutigen Bedürfnissen entsprechend auszubauen, damit der Anspruch des guten Lebens für alle nicht verlorengeht. Das kann nur als solidarisches Projekt funktionieren. Und es ist etwas schiefgelaufen, wenn das nicht mehrheitsfähig ist.

Ich warte nur darauf, dass der nächste Diebstahl in einem Unter-

nehmen mit dem Slogan „Ich hole mir ja nur, was mir zusteht“ gerechtfertigt wird. Sich zu holen, was einer oder einem vermeintlich zusteht, zielt auf einen individuellen Kampf jeder gegen jede. Verteilungsfragen sind Fragen des politischen Aushandelns, dazu braucht es auch eine starke Stimme für jene, die ausgegrenzt werden und deren eigene Stimme nicht mächtig genug ist.

Deshalb wäre es gut, wenn alle Menschen, für die Solidarität auch noch einen Inhalt hat, bei der Wahl am 15. Oktober ein machtvolles Zeichen für die Benachteiligten und für ein solidarisches Österreich setzen. Wenn wir der SPÖ nahestehen, könnten wir die

Zeit bis dahin nützen, die Verantwortlichen an ihre solidarischen Wurzeln zu erinnern, damit sie diesen unsäglichen Wahlslogan in der Versenkung verschwinden lassen. Wenn wir hingegen der ÖVP nahestehen, wäre es gut, laut zu sagen, dass dies eine christlich-soziale Partei war und in vielen Gemeinden mit ÖVP-Bürgermeistern auch noch ist. Ein Sebastian-Kurz-Wahlverein entspricht diesem Bild weder inhaltlich noch in der Skrupellosigkeit der Durchsetzung persönlicher Interessen.

TRAUDE NOVY war Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung der Erzdiözese Wien und ist im Vorstand von Fairtrade tätig.



Traude Novy: Neoliberales Denken ist internalisiert.

Foto: Archiv

HANS RAUSCHER

Haben wir uns in Christian Kern getäuscht?



Die Versuchung ist groß, jetzt zu sagen: Das wird nix mehr mit der SPÖ und der Wahl. Die Verhaftung des israelischen „Kanzler-Beraters“ Tal Silberstein wegen Verdachts der Geldwäsche ist nur die letzte Katastrophe in einer Reihe von schweren Fehlern.

Und das hat ziemlich viel mit Christian Kern, Kanzler und SPÖ-Vorsitzender, zu tun.

Kern hat vor etwas mehr als einem Jahr die SPÖ übernommen, weil sie nach acht Jahren unter Werner Faymann abgewirtschaftet und inhaltlich leer war. Er startete mit einer blendenden, kurzen Rede, aus der man entnehmen konnte, dass hier jemand das Mittelmaß, das sich auch übers Land gelegt hat, überwinden möchte. Kern hätte im Herbst 2016 in Neuwahlen ein neues Mandat vom Wähler suchen müssen und wohl auch wollen. Da kam ihm die Verlegung der Bundespräsidentenwahl dazwischen. Und die ÖVP ging auf offene und verdeckte Obstruktion.

Kern setzte hingegen auf die „Vernünftigen“ in der ÖVP. Da war aber nur Reinhold Mitterlehner. Sebastian Kurz arbeitete unbeirrt und sehr geschickt auf seine Machtübernahme und auf den Koalitionsbruch hin.

Kern ist der Kanzler. Aber er hat keinen Kanzlerbonus, Kurz liegt seit mindestens einem halben Jahr konstant in den persönlichen Werten vorn. Der junge Außenminister verkörpert das akzeptable Gesicht des Rechtspopulismus, viele, die halb widerwillig zur FPÖ geflohen sind, freuen sich mit Kurz an. Kurz hat eine verschworene

Truppe, Kern eine zerstrittene. Der ehemalige Topmanager hat es verabsäumt, in der SPÖ eine Struktur aus „Kalibern“ aufzubauen, die für eine moderne Sozialdemokratie stehen. Coole Instagram-Fotos sind zu wenig. Und er lässt sich von zu vielen, zu unterschiedlichen „Beratern“ leiten.

Kern hat allerdings ein immenses Handicap: Der rechte Sozialdemokrat Niessl im Burgenland hintertreibt die Linie und kollaboriert mit der FPÖ. Kaum verkündet Kern die soziale Komponente als Wahlkampfthema, kommt Niessl und sagt: Aber die Flüchtlingsfrage ist auch ganz wichtig. Im alles entscheidenden Wien hat Häupl die Dinge fast bis zur Parteispaltung treiben lassen. Aber ein Parteichef muss mit so etwas umgehen können.

Das ist die eigentliche Frage dieser Tage und Wochen: Hat man sich in Kern getäuscht? Und: Kommt da noch was?

Er selbst hat jetzt noch nicht ganz schlechte Karten. Kurz ist ein beeindruckendes Talent, Kern ein erfahrener Wirtschaftsmann. Es sieht so aus, als träte das Thema von Kurz (Flüchtlinge) gegenüber Kerns Thema (Wirtschaftskompetenz) in den Hintergrund. Kurz hält in der EU-Politik die Linie zu den osteuropäischen Nationalisten und Antidemokraten offen. Er hat sich negativ über Merkel geäußert, als diese schwach schien. Aber Merkel hat sich bewundernswert gehalten, und den Leuten dämmert in Zeiten von Trump der Wert der EU.

Vielleicht sind die Österreicher tatsächlich in einer „Wende“-Stimmung. Vielleicht wollen sie wirklich eine konservativ-rechtspopulistische Koalition aus ÖVP und FPÖ. Dann kommt es eben so. Aber sicher ist das nicht. hans.rauscher@derstandard.at

Mozarts „Clemenza“ als bigotte Schwärmerei

Warum Peter Sellars' politische Operninterpretation in Salzburg völlig danebenliegt

Das Peter Sellars, mit Preisen für seine „bahnbrechend innovative“ Regiearbeit überhäuft, sich öffentlich wie ein drolliger Kaspar gebärdet, mag amüsant empfunden werden. Die sentimentale Interpretation der seriösen Oper *La Clemenza di Tito* hätte man ihm nicht überlassen sollen. Sie ist zu ärgerlich.

Die Salzburger Festspiele treten mit dem Anspruch auf, das ethische Bewusstsein eines breiten Publikums durch große Kunst zu bilden und inspirieren. Mit dieser sinnstörenden Inszenierung pflegen sie jedoch eine religiöse Romantik, die die säkularen Defizite unserer Zeit leugnet: Jeder der aktuell gefährlichen Machthaber, wie Trump, Putin, Erdogan oder Orbán, beruft sich wieder auf eine religiöse Ideologie.

Pietro Metastasio's Tito-Libretto geht unmissverständlich von privaten Verstrickungen aus. Seine Affirmation der Güte des Verzeihens richtet sich an durch Zurückweisung verletzte Liebende.

Das Thema hat nichts mit religiösem Eifer, nichts mit Sendungsbewusstsein, Unterwerfung, nichts mit dem islamistischen Terror zu tun.

Was aber macht diese vielgelobte Aufführung daraus? Durch Kostüme und Gebärden differenziert, zwingt Peter Sellars das Volk in

eine alles verbindende religiöse Verzückung. Mit dem Hymnus aus Mozarts C-Moll-Messe verschmilzt es zur fromm-harmonischen Gemeinschaft.

Sextus – Sellars' „Terrorist“ – plagt schwere Gewissensnöte und sein Sprengstoffgürtel. Nach dem mörderischen Anschlag auf den gütigen Herrscher ist er zutiefst verzweifelt über seine verwerfliche Tat. Titus verzeiht allen, „die aus Liebe Unrecht taten“.

Metastasio's Botschaft und Mozarts Musik werden auf diese Weise ad absurdum geführt. Die sakralen Hinzufügungen verfremden sein vollkommenes Werk; es wirkt pathetisch überladen und kitschig. Die gesellschaftlich-sozialen Wirklichkeiten, der sich die Kunst

angeblich verpflichtet fühlt, sieht nämlich anders aus: Terroristen morden, wie sie uns vor Augen führen, nicht „aus Liebe“, sondern aus religiösem Fanatismus. Sie zeigen weder Reue noch Einsicht. Sie führen einen selbstgerechten Glaubenskrieg.

Kopftuchträgerinnen leben nicht in harmonischem Einklang mit ihren ungläubigen Schwestern. Sie kümmern sich kaum um die liberalen Ziele weiblicher Emanzipation. Ihrem Gastland verweigern sie den erwünschten Respekt. Denn die öffentliche Zurschaustellung ihrer rigiden religiösen Bindung wird von vielen aufgeklärten Menschen doch eher abweisend bis provokant empfunden.

Mozarts Werk aus einer anderen Epoche mit den aktuellen politischen Ereignissen und einer bigotten Schwärmerei zu verknüpfen ist eine missverständliche Botschaft in alle Welt. Mit dieser peinlichen, in ihrer musikalischen Qualität jedoch so berührenden Inszenierung, fördern die Salzburger Festspiele die „Schwarzdummheit“, vor der Ferdinand von Schirach in seiner klugen Eröffnungsrede eindringlich warnte.

Waltraud Prothmann, Kommunikationspädagogin und freie Journalistin in Salzburg



Terrorist mit Gewissen: Marianne Crebassa als Sextus.

Foto: APA